

Dokument	Artikel	Seite	Text	Rückmeldung
EIG	Art. 3bis	1,2	<i>Art. 3bis streichen</i>	Die Gebührenerhebung ist zu streichen oder zu konkretisieren. Das Erfordernis der gesetzlichen Grundlage für die Erhebung von Kausalabgaben ist nicht eingehalten, da die Höhe der Abgaben in den Grundzügen (Bemessungsgrundlage) nicht im Gesetz definiert wird.
EIG	Art. 15b	2	<i>Absatz 2</i> Die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 kann auf begründeten Antrag des Betreibers des Übertragungsnetzes anordnen...	Ersatzmassnahmen sind, wie der Name sagt, Massnahmen welche ein Element ersetzen (z.B. eine Freileitung durch ein Erdkabel). Im erläuternden Bericht ist aber von Rückbau die Rede. Es darf definitiv nicht sein, dass der Übertragungsnetzbetreiber zwecks Realisation eigener Projekte in die Topologie des nachgelagerten Verteilnetzbetreibers eingreift
EIG	Art. 15b	2	<i>Absatz 2</i> ... den Ersatzmassnahmen im Verteilnetz innerhalb des betreffenden Planungsgebietes ausgeführt werden. <i>Absatz 3</i> Die betroffenen Betreiber von Verteilnetzen führen die Ersatzmassnahmen aus;...	Die Massnahmen müssen vorgängig mit dem Verteilnetzbetreiber abgesprochen und vereinbart werden. Hier wird in den Hoheitsbereich der Verteilnetzbetreiber eingegriffen. Die Massnahmen müssen, wenn möglich in den Einklang mit örtlichen Netzausbauten vorgenommen werden.
EIG	Art. 15c	2	<i>Absatz 1</i> Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch und aus Sicht der Versorgungszuverlässigkeit möglich ist... <i>Absatz 2</i> ... die Auswirkungen auf die Netznutzungsentgelte, die Entwicklung der Technologien und die Kosten für die Erdverkabelung. Der Bundesrat kann den Mehrkostenfaktor jeweils zeitgleich mit der Genehmigung eines neuen Szenariorahmens gemäss Art.9a Abs.3 StromVG anpassen.	Der Mehrkostenfaktor darf nicht zu häufig ändern, ansonsten wird sich die Unsicherheit verfahrensverzögernd auswirken. Es soll nicht in jedem Fall einen Vergleich zwischen Verkabelung und Freileitung angestellt werden müssen, wenn der Verteilnetzbetreiber nach seinen Planungsgrundsätzen eine Verkabelung vorsieht (Planungsaufwand minimieren). In diesem Paragraphen fehlt die Verankerung der Mehrkostentragung von Dritten (nicht Verteilnetzbetreiber) bei Erschliessungsleitungen für Kraftwerksanlagen und Erschliessung von Liegenschaften ausserhalb der Bauzone. Ansonsten besteht die Gefahr von Rechtsunsicherheiten.
EIG	Art. 15c	2	<i>Absatz 1</i> Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch als auch geologisch möglich ist und die durch die Erdverkabelung...	Nicht nur technisch sondern auch geologisch sinnvoll möglich ist. In einigen Bergregionen können Netzerschliessungen über Felskuppen oder Täler sinnvollerweise nur mit Freileitungen oder Freispannleitungen realisiert werden.
EIG	Art. 15c	2	<i>Absatz 2</i> Der Bundesrat legt den Mehrkostenfaktor fest.	Der Mehrkostenfaktor soll maximal alle 5 Jahre angepasst werden, ansonsten kann keine verlässliche Kostenplanung erstellt werden.
EIG	Art. 15c	2	<i>Absatz 3 streichen</i>	Hier besteht die Gefahr von unwirksamen Paragraphen. Wenn die Ausnahmen in der Verordnung nicht absolut eindeutig definiert sind, drohen bei jedem Freileitungsprojekt Einsprachen mit der Forderung nach Verkabelung.

Dokument	Artikel	Seite	Text	Rückmeldung
EIG	Art. 15c	2, 3	<i>Absatz 4 streichen</i>	Hier besteht die Gefahr von unwirksamen Paragraphen. Es besteht bei Erdverkabelungsprojekten die Gefahr, dass die EICom eine günstige Freileitungslösung Ex-Post doch als ausreichend erachtet und so die Anrechenbarkeit der Mehrkosten der Verkabelung in Frage stellt.
EIG	Art. 15e	3	<i>Absatz 2</i> Die Sachplanpflicht besteht nur für Netzbauprojekte der Höchstspannung. Der Bundesrat regelt weitere Ausnahmen von der Sachplanpflicht.	Im Gesetz soll festgehalten werden, dass die Sachplanpflicht nur für die Netzebene 1, nicht jedoch für die Netzebene 3 gilt.
EIG	Art. 26a	7	<i>Absatz 1, 2 und 3 ersatzlos streichen</i>	Die Erfassung der Daten ist in der Leitungsverordnung vorgeschrieben. Ein Zwang zur digitalen Erfassung besteht gemäss LEV nicht. Die Raumplanung (Richtpläne) stehen in der Aufgabe der Kantone (abschliessende Genehmigung durch den Bund). Die bestehenden Abläufe und Prozesse sind zu nutzen. Mit der Zuteilung der Aufgabe ans BFE würde ein hoher, nicht zu rechtfertigender Aufwand generiert, der nicht notwendig ist und kein Mehrwert generiert. Der zu bewältigende Datenumfang wäre enorm. Grundsätze zur Datenerhebung und Datenverwendung sind im GeolG und GeolV geregelt. Abs.2: Der Schutz Kritischer Infrastruktur muss gewährleistet sein, was der Veröffentlichung widerspricht. Alternative: Nur die Unternehmen welche Mehrjahrespläne zur Genehmigung vorlegen müssen, liefern die Daten, soweit der Aufwand angemessen ist. Der Schutz kritischer Infrastruktur muss gewährleistet sein. Die Kosten sind zu entschädigen.
StromVG	Art. 9a	8	<i>Absatz 1</i> Diese stellen dem BFE die dafür erforderlichen Auskünfte und Unterlagen unentgeltlich zur Verfügung.	In diesem Paragraph fehlt die Verhältnismässigkeit. Das BFE sollte eine einfache Vorlage für das Erfassen der Szenarienrahmen erstellen.
StromVG	Art. 9a	8	<i>Absatz 2</i> .. von mindestens zehn Jahren über alle Netzebenen die Bandbreite ...	Die energetische Entwicklung basiert nicht nur auf den Energiewerten, sondern auch den Maximallastwerten anhand dieser das Netz ausgebaut werden muss. Die Daten von den Netzebenen in der unteren Spannungsreihe (kleiner Netzebene 3) sollen dabei aggregiert werden, denn zubauten von dezentralen Produktionen in den Netzebene 7 ist äusserts schwer voraussehbar (z.T. kurzfristige Projekte).
StromVG	Art. 9b	8	<i>Absatz 1</i> Die Netzbetreiber erstellen basierend auf dem Szenariorahmen und entsprechend dem weiteren Bedarf für ihr Netzgebiet einen auf zehn Jahre ausgelegten Entwicklungsplan (Mehrfjahresplan) und legen diesen innerhalb von neun Monaten nach Genehmigung des letzten Szenariorahmens durch den Bundesrat der EICom zur Prüfung vor.	Nur Netzbetreiber der Netzebene 1 bis 3 sollen Mehrjahrespläne erstellen. In einer Region sollen sich die Netzbetreiber koordinieren dürfen und gemeinsame Mehresjahrespläne einreichen dürfen.

Dokument	Artikel	Seite	Text	Rückmeldung
StromVG	Art. 15	10	Absatz 2 d die projektspezifischen Kosten für Informationsmassnahmen der Unter-nehmen und die von den Netzbetreibern entrichteten Gebühren nach Arti- kel 3bis Absatz 2 des Elektrizitätsgesetzes ¹⁴	Im Erläuterungsbericht (Seite 24) wird erwähnt, dass der entsprechende Kanton und die Projektanten die MIK-Massnahmen vertraglich regelt und dessen Kosten dem Projekt überwälzt wird. Dabei dürfen die Projekte nicht unnötig verteuert werden.

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: **Elektrizitätswerk Obwalden**

Inhalt

Szenariorahmen	2
Bedarfsermittlung	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz	8
Öffentlichkeitsarbeit	8
Geodaten	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Empfehlung keine gesetzliche Verankerung

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: keine gesetzliche Verankerung notwendig

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?
Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPpA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☐ nicht notwendig ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☐ nicht zielführend ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: nicht zielführend, wenn Verteilnetzbetreiber nicht frühzeitig eingebunden wird

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Standortbegründungen ausserhalb Bauzone nicht zwingend drei Standorte

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: aber im angemessenen Rahmen

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: jedoch besser spezifizieren

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: